

Motion Sibel Arslan - Geschlechtergerechte Aussenpolitik

Der Bundesrat wird beauftragt, ein ganzheitliches Konzept und eine Strategie zur gendergerechten und gendersensiblen Aussenpolitik zu erarbeiten. Darin werden Wege aufgezeigt, wie die Auswirkung der Schweizer Aussenpolitik auf die Geschlechterverhältnisse und die Rolle der Frauen erfasst werden kann. Im Sinne der Kohärenz werden alle aussenpolitischen Handlungsfelder in allen Departementen identifiziert (u.a. Bildung, Gesundheit, Handel, Aussenwirtschaft, Migration, Forschung, Klima) und in die Aufgabenlösung einbezogen. Das Konzept soll zudem aufzeigen, wie die Umsetzung einem Monitoring unterzogen werden kann.

Begründung:

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedete im Jahre 2000 einstimmig die Resolution 1325 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit». Die Rolle der Frauen in Konflikten und Friedensförderung wurde zum ersten Mal thematisiert. Das EDA geht hier beispielhaft vor und versucht, Gewalt gegen Frauen als Waffe zu verhindern. Zudem nutzt das EDA das Potenzial der Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen möglichst umfassend. Damit werde Sicherheit nicht mehr nur militärisch, sondern als sozial und umfassend verstanden, wie im Nationalen Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 (2018 – 2022) festgehalten wird. Die Schweiz setzt bereits ihren 4. Nationalen Aktionsplan um (2018-2022).

Die Schweiz öffnete erst 1956 ihr Aussendepartement auch für Frauen. Erst in den letzten Jahren stieg der Frauenanteil in der Schweizer Aussenpolitik.

Die jüngsten Entwicklungen im Krieg von Russland gegen Ukraine zeigen einmal mehr, dass sich Konflikte nur langsam - wenn überhaupt - lösen, solange nur autokratische Männer die Führung innehaben. Die Geschichte zeigt im Gegenteil, dass sich Konflikte verschärfen, wenn Männer «Friedensstrategien» definieren und umsetzen, dass Gewalt für die zivile Bevölkerung und Angst zum Normalzustand Internationale Studien belegen, dass die Mitarbeit von Frauen in konflikt- und kriegsbezogenen Verhandlungen eher zu friedlichen Lösungen führt. Weiter zeigt sich, dass die Teilnahme der betroffenen Menschen zentral ist.

Schweden forderte 2014, dass Frauen gleichermaßen repräsentiert sein müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Zugang haben müssen zu Ressourcen. Frauen im Regierungsapparat, Mittel für feministische Projekte im Ausland werden gefördert und "Feministische Außenpolitik" Teil Schwedens Regierungspolitik, wie heute auch Kanada, Deutschland, Spanien oder die Niederlanden.

Stand: 8.3.22